

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Im Vorraum der Politik: Gutachten

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1964) : Im Vorraum der Politik: Gutachten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 2, pp. 47-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133369>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## *Im Vorraum der Politik – Gutachter*

Das Parlament hat ein Jahr gebraucht, bis es sich entschließen konnte, der Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seine Zustimmung zu geben. Wenn acht weitere Monate notwendig waren, um die fünf Weisen ausfindig zu machen, mag das als Beweis für die Sorgfalt gewertet werden, mit der die Wahl wirklich unabhängiger Persönlichkeiten vorgenommen wurde. Man könnte daraus allerdings auch schließen, daß sich nur wenige um dieses ehrenvolle Amt beworben haben. Es ist auch zu vermuten, daß sie ihre Arbeit nicht ohne ein Gefühl der Beklemmung übernehmen. Schwer werden sie an den Vorschußlorbeeren tragen, die ihnen von mancher Seite zuteil geworden sind. Sie wissen zu genau, daß manche laudatio nur mit stillschweigendem Vorbehalt ausgesprochen wurde und jede applaudierende Gruppe von den Ergebnissen der gutachterlichen Tätigkeit eine Bestätigung ihrer eigenen Interessen erwartet.

Die fünf Weisen kennen auch die Beschränkungen, die ihnen unter anderem dadurch auferlegt wurden, daß sie keine Empfehlungen aussprechen dürfen, daß ihnen also der politische Raum verschlossen ist. Es ist fraglich, wie es ihnen unter den gegebenen Umständen möglich sein soll, das Prestige zu erwerben, das z. B. der Council of Economic Advisers des amerikanischen Präsidenten besitzt. Viel hängt von der Qualität ihres ersten Berichtes ab, von der Nutzenwendung, die die Regierung aus ihm ziehen wird, nicht zuletzt aber auch von der Art und Weise, wie die daraus hervorgehenden Entscheidungen der Regierung in der Öffentlichkeit aufgenommen werden.

Ist nicht der Sachverständigenrat auch innerhalb der engen Grenzen seiner Aufgaben von vornherein überfordert? Praktisch kann er nicht mehr leisten als die Grundsatzreferenten, die für die beiden Wirtschaftsberichte, der Bundesregierung verantwortlich waren, sieht man ab von der Tatsache, daß er ob seiner Unabhängigkeit einige unangenehme Fakten offenlegen kann, die von den Autoren der Wirtschaftsberichte vielleicht nicht ausgesprochen werden konnten.

Wenn nun die Weisen ihre sachliche Aufgabe erfüllen, also einiges zur Lösung der Problematik des „Magischen Dreiecks“ beitragen, bleibt immer noch das eigentliche politische Problem offen, nämlich das der Setzung und dauernden Überprüfung der Prioritäten unter den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Es fragt sich, in welcher institutionellen Form sie unter Anteilnahme aller zum Sozialprodukt beitragenden Gruppen in coram publico diskutiert werden sollten. Die Forderung nach einer Reappropriation des Staates, nach einer Wiederherstellung der staatlichen Macht und Autorität also, drängt sich angesichts der ständig fortschreitenden Entpolitisierung der Parteien auf.

Es gibt heute kaum noch ein Land, das nicht versucht, die parakonstitutionellen gesellschaftlichen Gruppen durch Beteiligung an der Formulierung der allgemeinen Politik dem Staat selbst zu inkorporieren, um sie auf diese Weise — wenn man so will — an die Zügel zu nehmen. Die Aussichten für eine solche Lösung sind in der Bundesrepublik vorerst allerdings gering, da ja selbst die Idee einer öffentlichen Einvernahme (public hearings) der Vertreter von Staat und Gesellschaft durch einen gemeinsamen Ausschuß von Bundestag und Bundesrat von den meisten Beteiligten abgelehnt wird. (Su)

---

*Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.*